



EUI WORKING PAPERS IN POLITICAL AND SOCIAL SCIENCES

EUI Working Paper SPS No. 94/15

**Die Außenpolitik der
Bundesrepublik Deutschland.
Kontinuität oder Wandel nach der Vereinigung?**

FRANK R. PFETSCH

P
20
UR

European University Institute, Florence

European University Library



3 0001 0016 5569 7



EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE, FLORENCE
DEPARTMENT OF POLITICAL AND SOCIAL SCIENCES

EUI Working Paper SPS No. 94/15

**Die Außenpolitik der
Bundesrepublik Deutschland.
Kontinuität oder Wandel nach der Vereinigung?**

FRANK R. PFETSCH



BADIA FIESOLANA, SAN DOMENICO (FI)

**All rights reserved.
No part of this paper may be reproduced in any form
without permission of the author.**

**© Frank R. Pfetsch
Printed in Italy in December 1994
European University Institute
Badia Fiesolana
I – 50016 San Domenico (FI)
Italy**

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität oder Wandel nach der Vereinigung?

Im Zentrum der folgenden Abhandlung soll die Frage stehen, wie durch die veränderten internationalen, regionalen und nationalen Kontexte die deutsche Außenpolitik beeinflusst wurde bzw. voraussichtlich beeinflusst wird.¹ Aus der Perspektive der neunziger Jahre und rückblickend auf die deutsche Außenpolitik in ihrer Entwicklung von der Spaltung zur Vereinigung stellen sich vor allem fünf Fragen:

Frage (1) Welche außenpolitische Grundsatzentscheidungen sind von den beiden deutschen Staaten nach ihrer Gründung getroffen worden und in welcher historischen Tradition lagen diese?

Frage (2) Wie können die revolutionären Veränderungen innerhalb der osteuropäischen Länder und hier insbesondere innerhalb der ehemaligen DDR erklärt werden und welche Rolle spielten dabei die Außenbeziehungen?

Frage (3) Inwieweit hat die Außenpolitik der Bundesrepublik - und hier insbesondere die Politik der West- bzw. Ostintegration, die Ost- und die Vereinigungspolitik - den Prozeß zur Vereinigung beider deutscher Staaten gefördert oder behindert?

Frage (4) Hat sich durch die Vereinigung in den außenpolitischen Grundpositionen etwas geändert? Ist die vergrößerte Bundesrepublik die Fortsetzung der alten Bundesrepublik?

Frage (5) Wie stellt sich die Außenpolitik des vereinten Deutschland dar und welche außenpolitischen Neuorientierungen deuten sich an?

¹ Überarbeiteter Vortrag am European University Institute Florenz, Juni 1994

Die Behandlung dieser Fragen läßt die Darstellung in zwei Teile zerfallen: zum einen eine ex post Betrachtung und Erklärung des Ist-Zustandes mit Hilfe theoretischer Ansätze, zum andern eine ex ante Betrachtung auf der Grundlage sichtbar gewordener Verhaltensweisen und normativer Vorgaben zu einem Soll-Zustand. Zwischen beiden Teilen besteht ein gleitender Übergang.

Das Grundmodell zur Erklärung außenpolitischer Verhaltens unterscheidet zwischen internen und externen Faktoren (Hermann et al: 1987), zwischen Kontext und Handlung (Galtung: 1969), zwischen systemischen Gegebenheiten und Akteursbezügen (Ruggie: 1986, Wendt: 1987, Carlsnaes: 1992).

Zu den systemischen externen Umweltbedingungen zählen (1) das internationale System, (2) das Regionalsystem und (3) die dyadischen Beziehungen, die ein Staat (A) mit einem anderen Staat (B) hat bzw. hatte; statt des Staates (B) kann aber als Handlungsbezug auch ein internationaler oder ein transnationaler Akteur treten. Im Zentrum außenpolitischer Analysen stehen Beziehungen zwischen einzelnen Akteurseinheiten (3), während die Analysen in den internationalen Beziehungen vor allem das internationale bzw. das regionale System im Fokus haben. Dabei bildet das internationale und das regionale Umfeld (1) und (2) ein vorgegebenes, durch Machtstrukturen bestimmtes Determinantenfeld für das Einzelakteursverhalten (3). Zu den internen Faktoren des Staates (A) rechnen (1) die entferntere Umwelt der politischen Kultur und Vergangenheitserfahrungen, (2) seine politische Ordnung, d.h. seine institutionelle und normative Ausstattung, (3) die Sozialisationsfaktoren der politischen Führung sowie deren sozialpsychologische Disposition, (4) die unmittelbare Entscheidungssituation sowie schließlich (5) die entferntere Lage, die vor allem aus Determinanten der Zeitgeschichte des nationalen und internationalen Systems besteht (Vgl. Smith: 1968, S.17, Pfetsch: 1981, S.217 ff.). Dieses interne Determinantenmodell gilt mit den jeweils eigenen Charakteristiken auch für einen Staat (B).

Zur Darstellung und Erklärung der alten wie neuen bundesdeutschen Außenpolitik sind insbesondere die systemischen Faktoren, also der Handlungskontext von Bedeutung,

wobei dieser Kontext sowohl die Struktur mit handlungsnormierenden Faktoren umfaßt als auch Lage und Situation als mittelbares und unmittelbares Umfeld des Akteurs (Vgl. Knudsen:1994, S.203). In Zeiten struktureller Veränderungen wie denen der Jahre 1989-1991 erhalten die situativen Faktoren ein größeres Gewicht und in diesem Zusammenhang die persönlichkeitsbestimmten Wahrnehmungs- und Erwartungshorizonte der Akteure. In diesem Kontextansatz wirken Struktur und Handlung, System und Akteur zeitlich versetzt aufeinander; der Akteur und sein Umfeld befinden sich in einer dynamischen, sich gegenseitig beeinflussenden Zeit- und Raum-Folge; Handlung und Struktur sind aufeinander bezogen, setzen sich voraus und verändern sich dialektisch im Zeitablauf. In einem solchen rekursiven Sequenzmodell besteht die Möglichkeit, das Zusammenwirken von internationalen Umwelt- und nationalen Veränderungen zu erfassen. Bezogen auf unseren Untersuchungsgegenstand heißt dies empirisch, daß sich nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur die internationalen Machtstrukturen geändert haben; auch im europäischen Regionalsystem sind durch die Auflösung der osteuropäischen Systeme, die Weiterentwicklung der EG/EU und die Vereinigung Deutschlands neue Gewichte und neue geopolitische Lagen geschaffen worden, die ein geändertes Koordinatensystem für außenpolitisches Handeln hervorgebracht haben. Es gilt also, nach dem hier nur kurz skizzierten Modell die Interaktionen zwischen dem Akteur Bundesrepublik und seinem regionalen und internationalen Umfeld darzustellen und im Parallelogramm der Kräfte den Handlungsspielraum zu bestimmen. Für die Erklärung des osteuropäischen Wandels sind aber auch und vor allem die internen Faktoren zu benennen und zu beschreiben, denn die Systemtransformation fand im Innern der sozialistischen Regime statt und sind durch außenpolitische Bedingungen nur gefördert worden (Vgl. Liebert und Merkel: 1991). Der Handlungsspielraum für die bundesrepublikanische Außenpolitik bis zur Vereinigung ist vor allem durch die internationale wie regionale Systemkonstellation Kalter Krieg und die Einbindung der deutschen Staaten in diesen bipolaren Kontext bestimmt worden; die Analyse der Revolutionen in den osteuropäischen Staaten muß neben den sich ändernden dyadischen Beziehungen zwischen der ehemaligen Zentralmacht und den jeweiligen Peripheriestaaten die internen Faktoren in den

ehemaligen sozialistischen Staaten benennen; schließlich wird der Handlungsspielraum der vereinten Bundesrepublik durch vergrößertes Potential, durch veränderte geopolitische Lage in einem auf den Westen zentrierten Europa bestimmt. Bezogen auf unterschiedliche Prozesse (West- bzw. Ostintegrationspolitik, Vereinigungspolitik, Revolutionen und Auflösung des osteuropäischen sozialistischen Systems, Außenpolitik des vereinigten Deutschland) liegen somit die Schwerpunkte auf externen und internen Faktoren, wobei der Handlungskontext mit Potentialgrößen, geopolitischer Lage und internationalem und regionalem Umfeld je unterschiedlich gewichtet werden muß.

Zur Bestimmung der Handlungsspielräume für die bundesdeutsche Außenpolitik wenden wir uns zuerst den neu geschaffenen Kontexten zu und versuchen in diesen Interpretationsrahmen die genannten fünf zentralen Fragen der deutschen Außenpolitik zu beantworten.

Veränderte internationale Rahmenbedingungen

Die revolutionären Veränderungen, die sich im östlichen Teil des europäischen Kontinents vollzogen haben, die deutsche Vereinigung und die Auflösung des sowjetischen Imperiums mit dem Warschauer Pakt und dem Rat für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben für die deutsche Außenpolitik gänzlich neue Rahmenbedingungen. Man kann sagen, daß in säkularer Betrachtung die Jahre 1989/90 für die deutsche Politik eine vergleichbare Zäsur wie die Jahre 1914/19 und 1939/45 darstellen. Zentrale Themen der deutschen Außenpolitik, die sich aus der Spaltung des europäischen Kontinents und Deutschlands ergaben wie das den Handlungsspielraum bestimmende Ost-West-Verhältnis, die deutsche Teilung oder das Westeuropa der souveränen Nationalstaaten sind durch das Ende des Kalten Krieges weggefallen oder haben durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaften Modifizierungen erfahren. Auch die westliche Integrationspolitik ist durch die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft verändert worden. Der zweite Golfkrieg, die abgewendeten Putsch in der Sowjetunion bzw. in Rußland, die Jugoslawienkriege, aber auch das

zunächst skeptische dänische Nein zum Maastrichtvertrag haben für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung neue Akzente gesetzt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges zeichnet sich ein multipolares System mit unterschiedlichen Gewichten ab. Ökonomisch ist von einem Drei-plus-Eins-System die Rede, bestehend aus den drei Wirtschaftspolen USA, EG und Japan plus der VR China, die in den letzten Jahren enorm hohe Wachstumsraten ihres Sozialprodukts zu verzeichnen hatte. Der relative Positionsverlust der Siegermacht des Kalten Krieges hat diesen dadurch wettgemacht, daß sie in verschiedenen Krisenherden der Welt Militäraktionen im Rahmen der UNO und mit finanzieller Unterstützung anderer Staaten durchgeführt hat. Der sich schon in den achtziger andeutende Konsens zwischen den Supermächten des Kalten Krieges hat die UNO aus der Sklerose des Kalten Krieges befreit und ihr einen größeren Handlungsspielraum und größere Effizienz verschafft. Diese Aufwertung der universalen Organisation kann als neues Moment in den internationalen Beziehungen markiert werden, das auch die "neue" Bundesrepublik zu aktiverer Politik herausfordert. Befreit von der zum Hindernis gewordenen Hallsteindoktrin und nach der Lösung der "deutschen Frage" hat auch für die Bundesrepublik die Weltorganisation an Bedeutung gewonnen, zumal diese im Krisen- und Kriegsmanagement die wichtigste Organisation der Weltgemeinschaft darstellt. Die Europäische Union mit der Westeuropäischen Union und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und die KSZE haben bisher vor allem bei der Meisterung der Turbulenzen im Osten und Südosten des europäischen Kontinents eine untergeordnete Rolle gespielt, auch wenn deren Bedeutung voraussichtlich wachsen und auch für die Bundesrepublik einen wichtiger werdenden Handlungsrahmen abgeben wird.

Frage (1) Historische Kontinuität und außenpolitische Basisentscheidungen

Zur Bestimmung sogenannter nationaler Interessen betont der realistische Theorieansatz in der Vergleichenden Außenpolitikforschung bzw. in den Internationalen Beziehungen

die vorgegebene innenpolitische organisatorische und Ressourcen-Ausstattung² sowie die geopolitische Lage eines Landes, die erst die Verfolgung nationaler Ziele für Regierungen möglich machen (Morgenthau: 1951, Vasques: 1983, S.26-27, Sullivan: 1990, S.4-5, Stein: 1990,S.4-5, Waltz: 1979, S.8-9). Für Deutschland im Sinne des variierenden historischen Begriffs läßt sich diese als Mittellage im Herzen Europas bestimmen und davon ausgehend idealtypisch fünf außenpolitische Optionsvarianten ausmachen: die einer selbständigen Mittellage, die im Bündnis mit dem Westen gegen den Osten gerichtet, die im Bündnis mit dem Osten gegen den Westen gerichtet, die der Verständigung mit Ost und West und schließlich die der Gegnerschaft zu Ost und West. Die drei Basisentscheidungen der deutschen Außenpolitik von 1949-1990 waren die west-, bzw. die ost-, dann die gesamtdeutsche außenpolitische Option.

- Im westlichen wie im östlichen Teil Deutschlands sind zunächst nach der Gründung der Staaten 1949 Entscheidungen für die Westintegration der Bundesrepublik und die für die Ostintegration der DDR gefällt worden. Mit der Adenauerschen West- und der Brandtschen Ostpolitik sind die zwei wichtigsten Pfeiler errichtet worden, die hinfort eine konsistente Außenpolitik ergeben haben.

- Eine neue Orientierung haben die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Beziehungen zwischen der Bunderepublik mit den osteuropäischen Staaten durch die Ostpolitik der siebziger Jahre erfahren.

- Schließlich ist Ende der achtziger Jahre in einem gänzlich veränderten Umfeld die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustande gekommen, an deren Zustandekommen die Kohl-Genschersche Vereinigungspolitik maßgeblich beteiligt war.

Die Ost- und die Westbindung der beiden deutschen Staaten weisen zwar Ähnlichkeiten mit historisch vorgenommenen Optionen auf, sind aber in den realisierten Formen ohne direkten Vergleich mit der historischen Vergangenheit; die Position der vereinten Bundesrepublik zeigt Ähnlichkeit mit den in der Nachkriegszeit vor allem von Jakob Kaiser und Kurt Schumacher vorgetragenen Brücken- bzw. Mittlerkonzept, mit dem

² Die meisten Autoren betonen zur Messung von Machtpotentialen ökonomische und militärische Faktoren. Morgenthau fügt diesen die Qualität von Diplomatie und Regierung sowie den Nationalcharakter hinzu (Vgl. F.R.Pfetsch:1994,S.147)

entscheidenden Unterschied allerdings, daß diesmal Deutschland nicht als selbständiger Akteur, sondern als Teil Westeuropas agiert und sich somit auch von der Verständigungspolitik der 20er Jahre und von der Balancepolitik unter Bismarck unterscheidet.

Frage (2) Die Rolle der Außenpolitik bei den Wandlungsprozessen und der Systemtransformation

In die Jahre 1989-1990 fällt die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit die Lösung der nationalen Frage, die neben der Bewältigung der nationalen Geschichte, der militärischen Sicherheit, der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Interaktionen mit der umgebenden Staatenwelt zu den zentralen fünf Problemfeldern der Außenpolitik nach 1949 gerechnet werden muß (Vgl. Pfetsch:1981,1993).

Der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung ist, wie zu zeigen sein wird, kein unmittelbares Ergebnis westdeutscher Außenpolitik, auch wenn das grundsätzliche Beharren auf dem im GG verankerten Wiedervereinigungsgebot, das die Bundesrepublik auch in allen ihren den internationalen Status betreffenden Staatsverträgen aufnahm, sicherlich eine wichtige Grundlage bildete. Auch hat die Ostpolitik der siebziger Jahre Bedrohungsvorstellungen im Osten Europas abgebaut und den oppositionellen Kräften in diesen Ländern Unterstützung gebracht. Wichtiger und als auslösende Momente entscheidender sind die revolutionären Ereignisse in den osteuropäischen Staaten selbst.

Die Jahre seit 1987 stehen in der UdSSR und in Osteuropa für den beginnenden Zerfall staatlich-autoritärer Strukturen unter dem Druck oppositioneller Gruppierungen und Massendemonstrationen, die nach der schrittweisen Verwirklichung der "Neuen Politik" durch Gorbatschow gestärkt den Sturz der kommunistischen Herrschaft einleiteten. Hierbei sind die historischen, länderspezifischen Besonderheiten zu beachten, die die unterschiedlichen Wege des Umsturzes erklären helfen. Interne Umbrüche sind entscheidend gewesen für die Systemtransformation auch wenn die externen Veränderungen den Rahmen dafür abgegeben haben; die Handlungskorridore der einzelnen Staaten in Osteuropa sind durch die veränderten externen Kontexte erweitert

worden und sind von den Akteuren in den einzelnen Phasen des Geschehens unterschiedlich genutzt worden. Dabei war die Erweiterung der einzelstaatlichen Handlungsspielräume nur für die auf Veränderung drängenden Kräfte eine Hilfe; die Konservativen sahen dies eher als Behinderung.

Die ausländischen Reaktionen auf die deutsche Vereinigung

Der Vereinigungsprozeß war außenpolitisch begleitet von bilateralen und multilateralen Interaktionen zwischen den wichtigsten vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Staaten. Wie schon erwähnt, spielten in den Phasen des Umbruchs die Beziehungen zwischen den Akteuren und deren Perzeption von Veränderungspotentialen eine ausschlaggebende Rolle. Wie also reagierte die Öffentlichkeit, wie reagierten die Regierungen in diesen Staaten auf den Vereinigungsprozeß?

Es kommt nicht von ungefähr, daß in der Publizistik der benachbarten Länder Befürchtungen über das deutsche Übergewicht und über die "Enteuropäisierung" aufkamen. "Une Allemagne trop puissante?", fragte *Le Monde* und spricht von einem "géant économique" und einem "néopatriotisme germanique"; in der sowjetischen Presse war zu lesen: "Am Ausgang des 20. Jahrhunderts wird im Zentrum Europas ein energiegeladener, von pangermanischem Geist erfüllter deutscher Industriegigant entstehen, der den angestammten germanischen Boden in sein Gravitationsfeld einbeziehen wird".

Bis zum November 1989 konnten Politiker in Ost und West die Wiedervereinigung Deutschlands befürworten, denn sie schien unter den obwaltenden internationalen Bedingungen unerreichbar. Meinungsumfragen in westeuropäischen Ländern zeigten jedoch, daß die Bevölkerungen im allgemeinen der deutschen Wiedervereinigung positiver gegenüber standen als die Eliten. 1977 z.B. lagen die Anteile derer in den wichtigsten westlichen Ländern, die für eine deutsche Wiedervereinigung waren über 65%: nur 11% waren im Durchschnitt dagegen. Die Politiker des Westens priesen zwar das Selbstbestimmungsrecht der Völker und zeigten auch für patriotische Gefühle besonders in Frankreich und Großbritannien Sympathien. Außenpolitisch schien aber

ein geteiltes Deutschland akzeptabler zu sein.

Die Reaktionen der französischen Regierung können als allianzpolitische Einhegung bezeichnet werden und lagen damit auf der Linie der französischen Außenpolitik seit den ausgehenden vierziger und fünfziger Jahren: nachdem der Gedanke an eine französische Dominanz aufgegeben worden war, lag der Akzent auf der europäischen Integration als Mittel, einer neuerlichen deutschen Gefahr zu begegnen. Präsident Mitterrand betonte in seinen Gesprächen mit der deutschen Regierung die Parallelität von Vereinigung und Integration. Doch auch Elemente der klassischen französischen und europäischen Außenpolitik wurden sichtbar: Francois Mitterrand verwies auch auf den Viermächtestatus von Berlin, der Frankreich ein Mitspracherecht sichern sollte; ein Zeichen selbständiger nationaler Politik war seine Reise nach Ostberlin am 20/22. Dez. 1989, die noch zeitlich vor der von Kanzler Kohl lag; dasselbe gilt für Mitterrands Treffen mit der polnischen Regierung, für die er als Sachwalter polnischer Interessen in der Grenzfrage aufgetreten ist.

Als Politik der aufschiebenden Skepsis kann die britische Regierung unter Margaret Thatcher bezeichnet werden; sie zögerte zunächst und war sich mit Gorbatschow einig, daß der Vereinigungsprozeß nicht zu schnell gehen solle; ferner müsse ein vereinigtes Deutschland Mitglied der NATO bleiben. Die anti-deutsche Grundeinstellung, die im von einer Kommission diskutierten Chequers-Papier zum Ausdruck kommt, sei, so die FAZ, Ausdruck einer "atavistischen Germanophobie". Sie schlug zunächst auch vor, daß alle KSZE-Mitglied-Staaten einer deutschen Lösung zustimmen müßten. Die britische Regierungschefin sah Gefahren für die Stabilität in Europa, und es kann als sicher gelten, daß die skeptische Haltung der britischen Regierung vor allem von der US-amerikanischen geändert worden ist.

Eine Politik der Unterstützung und Förderung hat die amerikanische Administration

unter George Bush und James Baker betrieben, die beide einen "starken Einfluß"³ auf den deutschen Vereinigungsprozeß hatten. In der Phase der Zwei-plus-Vier-Gespräche hat die amerikanische Regierung auf die britische und französische eingewirkt und Vorbehalte abgebaut. E.O. Czempiel hat auch darauf hingewiesen, daß ein Wandel der amerikanischen Ostpolitik unter Reagan bereits vor Amtübernahme Gorbatschows im Jahre 1985 eingesetzt hatte und dies aus innen- und gesellschaftspolitischen Gründen.⁴ In einer Presseerklärung entwickelte Baker als Antwort auf die zuvor erfolgte Bekanntgabe des Kohlschen Stufenplans zur Vereinigung beider deutscher Staaten am 29. November 1989 einen vier Punkte umfassenden Katalog von Prinzipien, die den Einigungsprozeß kanalisieren sollte:

Erstens hob Baker die deutsche Souveränität hervor; die konkrete Form einer zukünftigen staatlichen Einheit müsse eine Sache der Deutschen sein;

Zweitens müsse Deutschland Mitglied der NATO und EG bleiben; ein Handel "Einheit gegen Neutralität", wie ihn die sowjetische Führung zunächst ansteuerte, schloß Baker damit aus;

Drittens solle die Vereinigung im Sinne der europäischen Stabilität Prozeßcharakter tragen und friedlich Schritt für Schritt erfolgen;

Viertens schließlich sollten in diesem Prozeß die bestehenden Grenzen gemäß der Schlußakte von Helsinki respektiert werden.⁵

Die sowjetische Politik unter Michail Gorbatschow, der den osteuropäischen Wandlungsprozeß eingeleitet und dafür die Rahmenbedingungen vorgegeben hatte, kann als Politik des Lavierens bezeichnet werden; der sowjetische Generalsekretär stimmte dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf der Grundlage des KSZE-

³ Kiessler, Richard/ Elbe, Frank: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Baden-Baden 1993

⁴ E.-O. Czempiel/ R.C.-Ch. Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945. Bonn 1989
E.-O. Czempiel: Die Modernisierung der Atlantischen Gemeinschaft. Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik. In: Europa Archiv, 45. Jg., 25.4.1990, S. 275-285
Ders.: Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren. München 1989

⁵ Vgl. George Bush: Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers James A. Baker am 29. November 1989 in Washington. Abgedr. in: K.Kaiser: Deutschlands Vereinigung, 1991, S. 169 (D14)

Prozesses zu, warnte vor zu großer Eile, verwies auf die "Realitäten", zu denen die Existenz unterschiedlicher Bündnisse, die Unantastbarkeit der Grenzen und das Bestehen zweier deutscher Staaten gehöre; in sehr allgemeinen Worten verwies er als erste Reaktion auf den Kohlschen 10-Punkteplan darauf, daß dieser eine "Tendenz zu einer Blitzvereinigung" aufweise und "daß die Geschichte selbst über die Prozesse und das Schicksal des europäischen Kontinents sowie über das Schicksal beider deutscher Staaten"⁶ entscheiden würde. Im weiteren Verlauf sah er zunächst einen neutralen Status für das vereinigte Deutschland vor. Da diese Position im Westen wie im übrigen auch in einigen osteuropäischen Ländern⁷ nicht mehrheitsfähig war, zeigte die sowjetische Politik größere Flexibilität und schloß zeitweilig auch eine NATO- Mitgliedschaft unter Bedingungen, wie sie die französische Mitgliedschaft kennzeichnet, nicht aus. Im Juli 1990 schließlich akzeptierte Gorbatschow die NATO- Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland.

Diese z.T. überraschende Wandlung der sowjetischen Führung ist erklärungsbedürftig. Es scheint, daß um die Mitte des Jahres 1990 vor allem folgende Überlegungen maßgeblich waren:

- Das Wettrüsten überzog das wirtschaftliche Konto der Supermächte, vor allem aber das der SU. Das Wettrüsten habe, so Schewardnadse, die SU "bis hin zur ökonomischen Erschöpfung" strapaziert; damit wird die politökonomische These von Paul Kennedy angesprochen (Vgl. Kennedy:1987);
- Gorbatschows Propagieren des Selbstbestimmungsrechts mußte, um glaubwürdig zu sein, konsequenterweise auch auf Deutschland Anwendung finden.
- Ein vereinigtes Deutschland konnte der SU ein wichtigerer Partner sein als ein geteiltes. Die Wirtschaftshilfen beim Um- und Ausbau der zu reformierenden Ökonomie wurden dringend benötigt und dies konnte von einem vereinigten

⁶ M. Gorbatschow: Gemeinsame Presseerklärung des amerikanischen Präsidenten, George Bush, und des sowjetischen Partei- und Staatschefs, Michail Gorbatschow am 2/3.12.1989. In: K.Kaiser: 1991, S. 171 (D15)

⁷ Am 17. März 1990 erklärten die politischen Führer von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, daß ein neutrales Deutschland "die schlechteste Alternative" (Dienstbier) und eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zum Vorteil osteuropäischer Staaten sei.

Deutschland eher erbracht werden.

- Die Öffnung nach Westen, insbesondere hin zur EG war ohne Deutschland nicht möglich. Das "gesamteuropäische Haus" mußte alle wichtigen Länder dieses Kontinents miteinbeziehen.

- Der Vereinigungsdruck in der DDR war in der Zwischenzeit so stark geworden, daß er als nicht mehr reversibel zu betrachten war.

- Eine unnachgiebige Haltung der SU in der deutschen Frage hätte negative Auswirkungen auf das Verhältnis zur den USA gehabt, die aktiv für die Einheit eingetreten waren.

- Schließlich kann eine Fehlperzeption seitens Gorbatschows und Schewardnadse (wie im übrigen auch anderer osteuropäischer kommunistischer Führer) nicht ausgeschlossen werden; ein Verlassen sozialistischer Prinzipien hielten sie für ausgeschlossen (Knudsen:1994, S.221-222).

Die Akteure änderten ihre Erwartungen und Perzeptionen in einem sukzessiven Prozeß pragmatischer Anpassung an die sich ändernden Kontexte. Der Prozeß zum erfolgreichen Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur Regelung der äußeren Aspekte zeigt dies.

Abstimmungsprozesse: Die Zwei-plus-Vier-Gespräche und die Rolle der deutschen Regierungen

Am Rande der "Open-Skies"-Verhandlungen zwischen NATO und dem Warschauer Pakt in Ottawa am 13. Febr. 1990 wurde eine Vereinbarung zur Einberufung von Gesprächen über "die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten" getroffen. Es bedurfte der persönlichen Intervention des amerikanischen Präsidenten, in bilateralen Gesprächen mit Mitterrand und Thatcher sowie intensiver Beratungen des Außenministers Baker mit Schewardnadse und den anderen Außenministern, um die "auf fortgesetzte Überwachungsmaßnahmen gerichteten Vorstellungen" (Kaiser:1991, S.52) zugunsten

einer konstruktiven Mitarbeit zu zerstreuen. Baker suchte mit den "Zwei-plus-Vier"-Gesprächen⁸ nach einer Formel, "mit der alle verbleibenden Rechte und Pflichten der Vier Mächte beendet und auf ein völlig souveränes Deutschland übertragen werden".⁹ In vier Runden sollte zwischen Vertretern beider deutscher Staaten und den vier Siegermächten verhandelt werden.

Die ersten "2+4-Gespräche" fanden am 5. Mai 1990 in Bonn statt, die zweiten in Berlin-Niederschönhausen (22. Juni). Bei der Beratung der künftigen Ostgrenze am 17. Juli 1990 in Paris wurde Polen hinzugezogen. Den Abschluß fanden die "2+4-Gespräche" am 12. September 1990 in Moskau mit der Unterzeichnung des "Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland."

In der Eröffnungssitzung zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einigten sich die sechs teilnehmenden Delegationen auf die Behandlung der folgenden vier Materien:

- die Grenzfragen,
- die politisch-militärische Sicherheitsfragen,
- das Berlin-Problem und
- die völkerrechtlichen Regelungen der Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und Verantwortlichkeiten.

Zur Grenzfrage hat Helmut Kohl nach anfänglich vagen Aussagen zu Beginn der dritten Gesprächsrunde in Paris auf die Entschließung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer vom 21. Juni 1990 verwiesen, die den Verlauf der bestehenden Grenzen zwischen einem geeinten Deutschland und der Republik Polen durch einen

⁸ Die Idee zu der 2+4-Formel wurde vom Chef des Politischen Planungsstabes des Department of State, Dennis Ross, vorgeschlagen und hat sich gegen die Bedenken des Nationalen Sicherheitsrates und der Europaabteilung im amerikanischen Außenministerium durchgesetzt (Vgl. E. Pond: Die Entstehung von "Zwei-plus-Vier". In: EA v. 10. 11.1992). Vorgeschlagen waren ursprünglich auch Vier-plus-Zwei Gespräche, bzw. Null-plus-Vier Gespräche; auch wurde von einem Sechser-Mechanismus gesprochen.

⁹ James Baker: Erklärung des amerikanischen Außenministers, abgegeben zur Eröffnung der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn am 5. Mai 1990. In: Dokumente zur deutschen Vereinigung, Europa-Archiv, D 495

völkerrechtlichen Vertrag endgültig regeln soll.

Die sicherheitspolitischen Probleme der deutschen Vereinigung waren am schwierigsten zu lösen, weil damit das gesamte Ost-West- Verhältnis angesprochen war und ist und nicht nur europäische, sprich westeuropäische Belange tangiert wurden und werden. In dieser Frage bestanden auch die größten Differenzen zwischen den Standpunkten der Westmächte und der Sowjetunion. Die Sicherheitsbelange der Sowjetunion waren vor allem betroffen.

Die Sowjetunion hat während des entscheidenden Besuchs von Bundeskanzler Kohl im Kaukasus die von den Westmächten geforderte und von der Bundesregierung gewollte NATO- Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland akzeptiert. Am 16. Juli 1990 kamen Kohl und Gorbatschow in Stavropol/ Schelesnowosk im Kaukasus überein, "daß es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will" und "daß es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg zur Einigung selbst zu bestimmen." Es bestehe somit die freie Wahl der Bündniszugehörigkeit, die Sowjetunion verpflichtet sich, ihre Truppen innerhalb von drei bis vier Jahren abzuziehen. Während dieser Zeit werden die NATO- Strukturen nicht auf den Teil des früheren DDR- Territoriums ausgedehnt und die Westmächte bleiben in West- Berlin; die Bundesregierung wird ferner die Personalstärke der Truppen auf 370 000 Mann reduzieren und schließlich auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung über ABC- Waffen verzichten.

Die Unterzeichnung des "Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" am 12.9.1990 bekundet die Auflösung des Viermächtestatus und die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands.

In welcher Form sich diese Vereinigung vollziehen sollte, darüber gab es unterschiedliche Vorstellungen, die sich im zeitlichen Ablauf veränderten. War noch von Regierungsseite (Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28.11.1989, Modrows Neutralitätsvorschlag vom 1.1.1990) an eine Konföderation der beiden deutschen Staaten gedacht, so drängte die politische Dynamik der ostdeutschen Versammlungs-, Protest- und

Fluchtbewegung auf eine raschere Vereinigung. Die Vokabel "wir sind ein Volk" wurde nach Art. 23 des Grundgesetzes realisiert. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde von der Volkskammer am 23. August 1990 beschlossen und am 3. Oktober 1990 vollzogen.

Die Verkündung des Zehn-Punkte-Programms, das stufenweise in eine bundesstaatliche Ordnung zwischen der Bundesrepublik und der DDR einmünden sollte, gezielt kurze Zeit vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta am 2. und 3. Dezember 1989, war ein geschickter Zug Kohls, der ihn handlungsstrategisch in die Vorhand brachte. Mit dieser offensichtlich nicht mit den Verbündeten abgesprochenen Offensive konnte er die Meinungsführerschaft in der Erörterung der deutschen Frage übernehmen und versetzte die USA, die SU und die anderen westlichen Verbündeten in eine Defensivposition.¹⁰ Mit dieser Initiative wurde auch der Objektrolle entgegengewirkt, die von einigen Verhandlungspartnern den Deutschen zgedacht war. Z.B. zielt die vorgeschlagene Bezeichnung der Verhandlungen als Vier-plus-Zwei-Gespräche in diese Richtung (Vgl. Kaiser: 1991, S.53/4).

Eine rechtliche Beschränkung oder politische Diskriminierung wollten die Bonner Politiker nicht hinnehmen. Auch wurde schon im Vorfeld der Vereinigung aufkeimenden Bedenken über die objektiv gewachsene ökonomische, politische und militärische Stärke konstruktiv entgegengewirkt, indem der internationale Zusammenhang hervorgehoben wurde innerhalb dessen der Vereinigungsvorgang sich vollziehen sollte (Vgl. Kaiser: 1991, S.44).

Aus den verschiedenen Dokumenten der Bundesregierung gehen die Vorstellungen der Regierung über die Herstellung der staatlichen Einheit hervor:

- Freie Selbstbestimmung in Form und Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses;
- Bekenntnis zur westlichen Wertordnung;
- Betonung des Zusammenhangs zwischen deutschem und westeuropäischem Einigungsprozeß;
- Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa;

¹⁰ Vgl. H. Telschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S.58

- Bereitschaft, eine politische und wirtschaftliche Brückenfunktion zwischen einem vereinten Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten wahrzunehmen.¹¹

Diese Ziele sind weitgehend erreicht worden.

Über die Ziele der neu gewählten DDR-Regierung de Maizière/Meckel wissen wir inzwischen aus Berichten von Beratern, die z.T. aus der westdeutschen Friedensbewegung gekommen waren. Alternative wurde vorgeschlagen, daß alle Atomwaffen aus Europa "verschwinden", daß sämtliche alliierte Streitkräfte abgezogen werden sollten und die Bundesrepublik aus der NATO austreten sollte. Auch schwebte die Vorstellung einer Sicherheitszone im Verbund zwischen Ostberlin-Prag-Warschau im Raum. Diese Vorstellungen der "Politiker in Pullover und Cordhose" konnten sich jedoch nicht gegen die Bonner Profis durchsetzen; allgemein wird die Rolle von Markus Meckel als "passiv" eingeschätzt.¹²

Der Weg zur Vereinigung war in Etappen erfolgt und hatte neben dem allmählichen Einschwenken der wichtigsten auswärtigen Akteure zur Voraussetzung, daß innenpolitisch die DDR sich veränderte und mit den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 neue politische Kräfte hervorbrachte. Dieser Prozeß der Erneuerung wurde zunächst von Reformern des alten SED-Establishments, Grenz und Modrow, versucht, die aber an der Grundsubstanz des SED-Regimes festhalten wollten und versuchten, soviel wie möglich vom kommunistischen Herrschaftssystem zu retten; die Volkskammerwahl fegte die SED als Mehrheitspartei hinweg. Die gewählte Koalitionsregierung aus CDU, SPD, Liberalen, DSU und DA unter dem Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) beschloß mit anschließendem Votum der Volkskammer die Verträge zur "Währungs-Wirtschafts- und Sozialunion" (in Kraft getreten am 1.7.1990), zum Beitritt der DDR nach Art.23 GG (am 23.8.1990 von der Volkskammer gebilligt), zur staatlichen Vereinigung (Einigungsvertrag, in Kraft getreten am 3.10. 1990), den Wahlvertrag vom

¹¹ Vgl. Ines und Thomas Skowron: Die Deutschlandpolitik der USA und der UdSSR im Kontext des deutschen Vereinigungsprozesses 1989-1990. Dipl.-Arb. der Univ. Leipzig 1992

¹² Vgl. Ulrich Albrecht: Die Abwicklung der DDR: die "2+4 Verhandlungen"; ein Insider-Bericht. (WdV) Opladen 1992

3. August 1990, sowie den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland am 12.9.1990. Mit den Wahlen zu den Landtagen der fünf neuen Bundesländer am 14.10.1990 wird der traditionelle Föderalismus wiederhergestellt; die Bundesregierung erhält in den ersten Wahlen zum (Gesamt-) Deutschen Bundestag am 2.12. 1990 ein bestätigendes Votum in beiden Teilen, aber insbesondere im östlichen Teil des vereinigten Bundesgebiets.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Außenbeziehungen bei der Systemtransformation eine prozeßbeschleunigende bzw. -ermöglichende Rolle gespielt und in der Person Gorbatschow einen entscheidenden Akteur in diesem Prozeß gefunden haben.

Frage (3) Inwieweit hat die Außenpolitik der Bundesregierungen den Prozeß der Vereinigung gefördert oder behindert?

Im Hinblick auf die Frage nach den Wirkungen der westeuropäischen Integrations- und der osteuropäischen Öffnungspolitik als den beiden wichtigsten Grundsatzentscheidungen der alten Bundesrepublik kann man sagen, daß die Integration der beiden deutschen Staaten in die westlichen und in die östlichen Staatensysteme von der Wiedervereinigung zunächst weggeführt hat und die Teilung solange aufrechterhalten wurde wie der System-Antagonismus fortbestand. Die Option der Wiedervereinigung wurde aber sowohl bei den Westverträgen und - in geringerem Maße - bei den Ostverträgen der Bundesrepublik als auch bei den frühen Ostverträgen der DDR offen gehalten.

Der Vereinigungsschub ging jedoch nicht von der Außenpolitik der beiden deutschen Regierungen, sondern von innenpolitischen Veränderungen in der DDR und in Osteuropa aus. Die Kohl/Genscher-Regierung hat allerdings recht rasch diese Entwicklung erkannt und den Prozeß nach Kräften gefördert ohne Initiator gewesen zu sein. Der spezifische Beitrag der westdeutschen Regierungen zur Vereinigung kann - dies hat die Darstellung gezeigt - zunächst als Rahmengeber und dann als Akzellerator bestimmt werden.

Nachträglich lassen sich - dies hat auch die Bundestagsdebatte im Frühjahr 1994 gezeigt - sowohl Adenauers Konfrontations- als auch Brandts Kooperationsstrategien in bezug auf die Vereinigungsfrage rechtfertigen. Die Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft in der Phase des Kalten Krieges ließ von den vorgegebenen Zielen her gesehen eine andere Politik als die der Konfrontation nicht zu; die Perspektive der "magnetischen Anziehung" als Zukunftserwartung ist auf eine Weise sichtbar geworden wie sie wohl von den Autoren (Kennan, Schumacher, Adenauer) nicht erwartet werden konnte.

Doch auch die Brandtsche neue Ostpolitik kann retrospectiv einen Beitrag zur Vereinigung für sich reklamieren. Im Klima der Entspannung wurde von dieser Politik ein Vertrauenspotential in Deutschland und Europa aufgebaut, das die Umwälzungen im Osten erleichtert und die Zustimmung zur Vereinigung ermöglicht hat.

Frage (4) Ist die Außenpolitik der neuen Bundesrepublik die der alten?

Welche Folgen ergeben die geschilderten internationalen, regionalen und nationalen Veränderungen für die bundesdeutsche Außenpolitik?

Da die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik nach Art. 23 des Grundgesetzes vollzogen wurde und nicht in Form einer Konföderation (Kohls 10-Punkte) oder einer Neubildung, die nach Art. 146 möglich gewesen wäre, liegt die These nahe, daß vor allem innenpolitisch die neue Bundesrepublik eine Fortsetzung der alten Bundesrepublik ist. Da sich die Vereinigung außenpolitisch nach den Bedingungen der verfassungs- und vertragsrechtlich vorgesehenen Konditionen vollzogen hat, liegt auch hier die Kontinuitätsthese nahe. Die Bundesrepublik ist integraler Bestandteil des westlichen Bündnis- und Integrationssystems geblieben und hat den Willen bekundet, dies auch in Zukunft bleiben zu wollen.

Aus der Zweiten Republik ist nicht, wie einige Autoren wahrhaben wollen, die Dritte Republik geworden. Zu gewichtig sind die innenpolitischen (soziale Marktwirtschaft, bundesstaatliche Ordnung, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit etc.) wie

außenpolitischen (EG/EU, NATO, KSZE) Kontinuitäten. Das Ziel der europäischen Einigung ist nach der Beendigung der Bedrohung aus dem Osten nicht aufgegeben worden; dies belegt, daß die europäische Integration für die Bundesrepublik nicht nur aufgrund dieser Bedrohung zustande kam und auch nicht nur als Vehikel zur Lösung der deutschen Frage instrumentalisiert wurde, sondern auch und vor allem den eigenen ökonomischen und politischen Interessen entsprach. Die organisierten Interessen von Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen haben die europäische Integration gefordert.

Dennoch: die neue Bundesrepublik ist nicht die alte. Zu groß sind die Einstellungs-Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Bundesländern zu innen- wie außenpolitischen Themen.¹³ Während die Bundesrepublik in den fünfundvierzig Jahren ihres Bestehens eine Verwestlichung erlebt hat, blieben die DDR-Bürger im obrigkeitstaatlichen Korsett; die Distanz zu westlichen Staaten (USA) und Bündnis-systemen (NATO) ist auf Grund jahrelanger Propaganda deutlich größer, die zu Osteuropa deutlich geringer. Es haben sich politische Kulturen ausgebildet, die von unterschiedlichen Werten getragen waren und aufgrund der geopolitischen Lage eine unterschiedliche Orientierung erhielten. Der Prozeß der Angleichung wird zwar den Westen als dominant erhalten, aber ergänzt werden durch den Blick nach Osteuropa, vor allem dann, wenn die Märkte in Osteuropa wieder interessant werden.

Theoretische Zwischenbilanz zur Erklärung der zeitgeschichtlichen Umwälzungsprozesse

Die Literatur zu den osteuropäischen Revolutionen ist inzwischen zahlreich geworden¹⁴; sie unterscheidet sich aber nach Reichweite und Ursachen, nach kurz- und

¹³ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: Die Westbindung im Spiegel der Demoskopie; und Erwin und Ute Scheuch: Die Deutschen und der Westen. In: Zitelmann, R./ Weißmann, K. / Groheim, M. (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. (Propyläen) Frankfurt/Berlin 1993, S. 277-321

¹⁴ Bauman, Zygmunt: A Revolution in the Theory of Revolutions? In: IPSR, Vol. 15, No. 1, 1994, S. 15-24; Przeworski, Adam: Problems in the Study of Transition to Democracy. In: O'Donnell, G/ Schmitter, P./ Whitehead, L.: Transition from Authoritarian Rule. 1986; Porsch, B./ Martin, A.: Die Revolution in der DDR. In: KZfSS, H.2 1991; Pollack, Detlef: Wer leitete die 'Wende' ein? In: Sozialwissenschaften und Praxis, 13

längerfristig wirkenden Faktoren, nach innen- und außenpolitischen Ereignissen. Genannt werden in der einschlägigen Literatur folgende Faktoren bzw. Faktorkonstellationen in den ehemaligen sozialistischen Staaten: Legitimationsdefizite in Politik, Ökonomie, Rechts- Kultur- und Nationalstaatlichkeit; Fehlanpassung und Autismus der politischen Führung sowie deren Führungsschwäche; außenpolitisch war der Kurswechsel der Führungsmacht Sowjetunion, die Vorbildereignisse in sozialistischen Nachbarländern sowie die Existenz von Referenzgesellschaften im Westen ausschlaggebend, innenpolitisch wirkten längerfristig Faktoren der nationalen Kultur (Religion), kurzfristig die Protest- und Fluchtbewegungen.

In theoretischer Sicht zeigt die Darstellung des Vereinigungsprozesses aus der Sicht der alten Bundesrepublik, daß der realistische Ansatz zwar zur Bestimmung nationaler Interessen im Sinne längerfristig bestimmender Orientierungen herangezogen werden kann - und wir haben diese nach nationalen, sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik qualifiziert -, daß er allerdings zum Verstehen der deutschen Nachkriegsaußenpolitik erheblich modifiziert und durch andere Erklärungsansätze ergänzt werden muß. Zwar ist es sicherlich möglich, für historische Zeitabschnitte konstante Interessen einzelner Akteure auszumachen und auch die Regierungen auf bestimmte Präferenzen festzulegen, d.h. m.a.W. das nationale Interesse zu bestimmen; dieses resultiert einerseits aus grundlegenden Gegebenheiten der geographischen und geopolitischen Lage des Landes, den demographischen, ökonomischen, militärischen etc. Bedingungen und deren Umsetzung in Regierungspolitik. Andererseits sind es insbesondere für das Nachkriegsdeutschland die politischen Mitspieler, die den Aktionsrahmen abgesteckt haben, innerhalb dessen sich die Außenpolitik der Bundesrepublik vollzogen hat. Die Außenpolitik der "alten" Bundesrepublik war zum Teil mitgestaltet von auswärtigen Akteuren (Rosecrance: penetriertes System), meist aber zumindest koordiniert mit den wichtigsten Verbündeten. M.a.W. die Außenpolitik der

Hamburg 1990; Opp, Karl-Dieter: DDR 1989. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution. In: KZfSS, H.2, 1991; Staritz, Dietrich: Ursachen und Konsequenzen einer deutschen Revolution. In: Sonderband Fischer Weltalmanach, 1990; Meuschel, Sigrid: Wandel durch Auflehnung. In: Berliner Journal für Soziologie, 1991; Maier, Gerhard: Die Wende. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990; Liebert, U./Merkel, W. (Hrsg.): Die Politik zur deutschen Einheit. Opladen 1991

Bundesrepublik muß mit Hilfe von Interdependenzansätzen ebenso behandelt und erklärt werden wie mit Realismusansätzen.

Für die deutsche Außenpolitik gilt, daß sie nicht im Verständnis der realistischen Schule mit militärischen Machtkategorien (Stichwort: zivile Handelsmacht) erfaßt und auch nicht allein auf staatliche Politik reduziert werden kann; auch der Einfluß wirtschaftlicher oder kirchlicher Verbände in den verschiedenen Phasen der deutschen Außenpolitik ist nicht mit dem rein staatlichen Handlungsverständnis vereinbar. Verbände, Kirchen, Medien etc. haben als Nicht-Staatliche Akteure eine wichtige Rolle gespielt (Vgl. Pfetsch: 1981). Ebenso wenig kann das Basistheorem des realistischen Ansatzes, nämlich dem der externen anarchischen Umwelt mit den relativ stabilen Blockbildungen des Kalten Krieges in Einklang gebracht werden. Die Blockbildungen in Ost und West waren für den Akteur Bundesrepublik alles andere als anarchisch, sondern eben festgefügte und in ihrem Verhalten einigermaßen berechenbare Gebilde. Deshalb beklagen eingefleischte "Realisten" wie John Lewis Gaddis (1987) oder John Mearsheimer (1990) den Wegfall des Kalten Krieges. Daß externe Akteure Mitspieler im nationalen Entscheidungssystem waren und sind, liegt ebenfalls quer zu den Prämissen des realistischen Ansatzes. Bedingt kann auch nur die Abgabe von Souveränitätsrechten an eine supranationale Instanz wie die EG/EU mit dem realistischen Ansatz in Einklang gebracht werden. Allerdings hat z.B. Morgenthau die Übertragung von nationalen Kompetenzen an überregionale Institutionen nicht ausgeschlossen für den Fall, daß damit ein Zugewinn verbunden ist (Morgenthau: 1952, S.972-973); auch im neo-realistischen Ansatz wird ein Positiv-Summen-Spiel als Bedingung für Interdependenzbeziehungen genannt (Stein:1990).

Ein weiteres Charakteristikum der bundesdeutschen Außenpolitik ist nur bedingt mit den Kategorien des realistischen oder neo-realistischen Ansatzes zu erfassen. Die nach außen gerichteten Aktionen der "alten" Bundesrepublik waren mit nur wenigen Ausnahmen mit den westlichen Partnern abgestimmt, koordiniert oder z.T. in vorseilendem Gehorsam auf die Verbündeten ausgerichtet. Die West- wie die Ostpolitik war als multilaterale Vertragspolitik angelegt, die westeuropäische Integrationspolitik ist per definitionem intergouvernementale Politik und in Gestalt der

Supranationalität nur durch Abtretung souveräner Rechte zu realisieren; auch die Vereinigungspolitik war, wie gezeigt, in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen international abgesichert. Diese Politikanlage kann mit dem neo-realistischen Ansatz der Optimierung oder der Maximierung nationaler Interessen, die bei Interessenkonkordanz auch gemeinsam mit anderen Akteuren erreicht werden können, nur unzureichend erfaßt werden.

Diese ausgehandelte und verhandelte, multilateral angelegte Politik bzw. diese neuartigen Vergemeinschaftungs- und kollektiven Entscheidungsprozesse sind eher mit Hilfe von Interdependenzansätze der liberalen oder funktionalistischen Schule zu erfassen. Hierzu gehören Kooperations-, Integrations- oder Regimetheorien. Auch Konstitutionalismus- und Föderalismusansätze helfen, die Perspektive eines europäischen Bundesstaates zu erfassen, der für die bundesrepublikanische Außenpolitik zum wichtigen Orientierungsrahmen wurde. Hinzu kommt ein Netz nicht-staatlicher Verbindungen wie internationale Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbände, parteiliche Zusammenschlüsse, Städtepartnerschaften, regionale Kooperationen etc., die transnational angelegt sind und am ehesten von den Interdependenzschulen der Internationalen Beziehungen erfaßt werden können.

Die innenpolitische Umsetzung der Vereinigungspolitik geschah seitens der Bundesrepublik eher im Stil klassischer Außenpolitik. Im innenpolitischen Entscheidungssystem war vor allem die Exekutive gefordert und maßgeblich beteiligt. Vor allem der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister mit ihren jeweiligen Verwaltungen fiel die Rolle der aktiven Gestalter zu, nachdem der Umschwung in der DDR sichtbare Formen angenommen hatte.¹⁵ Die bremsenden oder eher verhalten reagierenden Gruppen und Institutionen wie die Oppositionspartei SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Lafontaine, die zur PDS sich gewandelte SED, die Bundesbank, einige literarische Meinungsführer (Günter Grass) etc. hatten keine mehrheitsfähige Anhängerschaft. Die Alternative zur Vereinigung nach Art.23 GG, nämlich nach Art.146 GG mit einer neuen Verfassung wurde mit dem Volkskammervotum vom 23.8.1990 obsolet, fand

¹⁵ Vgl. u.a. H. Telschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991; W. Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. DVA. Stuttgart 1991

aber z.T. Eingang in den Einigungsvertrag, der eine Revision des GGs bis 1994 vorsah, dann aber nur zu einigen Verfassungsänderungen geführt hat.

Neue Ausgangslage: Veränderte nationale Rahmenbedingungen nach der Wiedervereinigung

Veränderte Strukturen, neue Ausstattungsgrößen und Kontextkonstellationen erzwingen neue Handlungsoptionen. Welche Veränderungen markieren den Handlungskontext der vereinten Bundesrepublik?

Durch die Vereinigung hat sich zunächst geopolitisch wichtiges geändert: Von der Randlage des Kalten Krieges ist Deutschland wieder in die traditionelle europäische Mittellage gerückt mit dem wichtigen Unterschied zu früheren Zeiten allerdings, daß die westlichen Bündnis- und Integrationsysteme weiter bestimmend bleiben. Die Bundesrepublik ist zu einer mittelgewichtigen Macht in West-Zentraleuropa geworden. Sie liegt westlicher als das Bismarckreich.

Auch die Potentialgrößen haben sich verändert: Durch die Vereinigung hat sich die Wirtschaftskraft um etwa 10% erhöht, die Bevölkerung ist um 20% gewachsen und das Territorium wurde um 30% vergrößert. Diese Zuwächse lassen die Bundesrepublik aber nicht zu einer Supermacht werden. In den drei Bereichen von Macht -Militär, Ökonomie, Politik - ist sie zwar gut ausgerüstet, bleibt aber auf einem mittleren Niveau; militärisch bleibt der Verzicht auf ABC-Waffen, die Begrenzung der Mannschaftsstärke und das Fehlen eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, ökonomisch werden für die neunziger Jahre die staatlichen Ressourcen auf die Ankurbelungs- und Transferprogramme in den neuen Bundesländer konzentriert bleiben; auch die vertraglich vereinbarten Zahlungen an Rußland bzw. an die GUS werden die Staatsfinanzen in Anspruch nehmen und damit Ressourcen binden. Hinzukommt, daß durch die Vollendung des Binnenmarktes und die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion die EU der wichtigste transnationale Entscheidungsrahmen für eine Vielzahl wirtschaftlicher Vorgänge ist und die Bundesrepublik damit eingebunden bleiben wird in den kollektiven Willensbildungs- und Entscheidungsmechanismus.

Politisch leuchtet das Modell der liberal-sozialen Demokratie nicht mehr so hell wie die Zivilgesellschaft der alten Bundesrepublik. Diese Tatsachen relativieren deutlich den Potentialzuwachs.

Dennoch ist durch die Lösung der deutschen Frage der außenpolitische Handlungsspielraum größer geworden und die Außenpolitik der neuen Bundesrepublik wird ein normales Maß im Verhältnis von national- und integrationsbestimmter Politik aufweisen wie es etwa bei Frankreich oder Großbritannien zu beobachten ist. Als relativ selbständiger und aktiver Akteur hat sich Deutschland z.B. gegenüber dem auseinanderfallenden Jugoslawien verhalten und bei UNO-Aktionen steigt die Beteiligung. Auch wurde die europäische Integration immer wieder mit neuen Initiativen gefördert und Meinungsbefragungen zeigen eine größere Skepsis gegenüber Brüssel, m.a.W. die Bundesrepublik hat sich als nationaler und kollektiver Akteur mit größerem Gewicht einer im Vergleich zu anderen europäischen Staaten mittleren Position genähert.

Frage (5) Neue Aufgaben der bundesdeutschen Außenpolitik und die Orientierungsdiskussion

Nach der Vereinigung, die der Bundesrepublik wirtschaftlich einen Zuwachs an Potential, politisch durch Wegfall der Vier-Mächte-Rechte einen Zuwachs an Souveränität gebracht hatte, und nach der Auflösung des sowjetischen Machtblocks, die Bedrohungen aus dem Osten abgebaut hat, stellen sich für die bundesdeutsche Außenpolitik neue Aufgaben und Prioritäten. Als handelnder Akteur ergeben sich für die bundesrepublikanische Regierung fünf verschiedene Verhaltensweisen, je nachdem, ob das Handeln als einzelstaatlich oder als gemeinschaftlich verstanden wird. Die Skala reicht von

- national selbständigem Verhalten,
- durch EU- oder andere Staaten unterstütztem Verhalten,
- selektiv abgesprochenem Verhalten,

- koordiniertem oder harmonisiertem Verhalten bis zum
- Gemeinschaftshandeln im Rahmen von EG/EU-Entscheidungen (Vgl. Pfetsch: 1994, S.125).

Nach geopolitischen Aktionsfeldern lassen sich diese Verhaltensweisen und die daraus zu folgernden Optionen folgendermaßen konkretisieren:

(1) Die Osteuropapolitik

Osteuropa muß in dem Aufgabenkatalog an erster Stelle genannt werden, weil von dieser Region die größten Unwägbarkeiten, Unsicherheiten, ja Bedrohungen ausgehen können und weil hier die Bundesrepublik kraft ihres wirtschaftlichen Potentials und längerfristiger Sicherheitsinteressen als relativ selbständiger Akteur aufgetreten ist und voraussichtlich auftreten wird.

Nach Osteuropa gerichtet geht es um die Unterstützung des Übergangs von der sozialistischen Diktatur zu freiheitlicheren politischen Organisationsformen, zu wirtschaftlichem Liberalismus und der Restrukturierung des mittel- und osteuropäischen Raumes. Gemäß dieser Aufgaben hat die Bundesregierung die bilaterale Vertragspolitik der siebziger Jahre nach der Vereinigung fortgesetzt und mit allen Staaten des früheren Warschauer Paktes vertragliche Vereinbarungen getroffen. Diese Abkommen berufen sich alle auf völkerrechtliche Prinzipien wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, in der Schlußakte von Helsinki, in der Charta von Paris und in weiteren Dokumenten der KSZE-Folgetreffen festgelegt worden sind. Dazu gehören das Friedensziel, die Gewaltfreiheit, die Achtung der Menschenrechte, die souveräne Gleichheit, der Gebrauch friedlicher Mittel bei Streitigkeiten, die Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, freier Selbstbestimmung sowie der Erhalt der natürlichen Umwelt. In chronologischer, die Prioritäten der Ostverträge Anfang der siebziger Jahre einhaltender Reihenfolge wurden im Zeitraum 1990 bis 1992 fünf Verträge mit der Sowjetunion bzw. Rußland geschlossen, zwei mit Polen und je ein Vertrag mit Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien. Auch andere EG-Mitglieds-

staaten sowie die EG selbst haben ähnliche Verträge mit osteuropäischen Staaten abgeschlossen. Die meisten dieser Verträge enthalten Unterstützungszusagen für die Aufnahme in die EU.

Die Osteuropapolitik wird deshalb wichtig, wenn nicht gar wichtiger sein, weil Unsicherheit über die innenpolitische Entwicklung in Rußland sowie den anderen GUS-Staaten besteht und neue Strukturen sich erst bilden müssen. Dazu gibt es vier denkbare Muster: erstens Rußland entwickelt sich zur nationalistischen Diktatur und kehrt zur alten imperialen Politik zurück, versucht also, auf seine Umgebung einzuwirken, zweitens Rußland nimmt sich dem Schutz der russischen Minoritäten in den ehemaligen Sowjetrepubliken an (Kosyrev-Doktrin) und wächst so zwangsläufig in eine dominierende regionale Rolle hinein; drittens verwandte Kulturräume bauen untereinander neue Beziehungen auf, so die mitteleuropäischen, die baltischen und die zentralasiatischen Staaten; und schließlich viertens kommt es zu einem Abdriften zu Nachbarregionen: der zentralasiatischen Staaten nach Süden (Türkei, Iran, Afghanistan), der baltischen Staaten nach Nord-Westen (Skandinavien, Westeuropa) und der mitteleuropäischen Staaten nach Westen (EU, NATO etc.).¹⁶ Das Sicherheitsrisiko ist für Westeuropa vor allem beim ersten Szenario groß, wo russische und die westeuropäische Interessen kollidieren. Das zweite und dritte Szenario birgt Konflikte zwischen den mitteleuropäischen Ländern und Rußland. Das vierte Szenario des Abdriftens führt unweigerlich zu Konflikten zwischen Rußland und Westeuropa auf der einen und den muslimischen Ländern des Südens auf der anderen Seite.

Ökonomisch können die Ostmärkte mittel- oder langfristig wieder interessant werden. Allerdings scheinen kurzfristig bei den geschrumpften Märkten die Aussichten nicht günstig. Der Export in die ehemaligen RGW-Länder ist nach 1990 auf Grund von Zahlungsschwierigkeiten deutlicher zurückgegangen als die Importe; die in den Verträgen vereinbarten Transferleistungen der Bundesrepublik nach Rußland tragen eher Konsum- nicht investiven Charakter, so daß damit eine Wirtschaftsbelebung in

¹⁶ Vgl. Hierzu Klaus Segbers: Die neue Unübersichtlichkeit. In: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Stuttgart 1992, S.192-208

Zeiten des Umbaus kaum erwartet werden kann. Immerhin liegt der Anteil des Osthandels der Bundesrepublik immer noch etwas höher als der des Handels mit den USA.

Diese geopolitische Orientierung ergäbe für die deutsche Außenpolitik eine erste Option, Osteuropa mit Rußland zu organisieren; neue Beziehungen zwischen den alten Großmächten und der Achse Bonn/Berlin-Moskau würden zu einer Abgrenzung von Einflüßbereichen auf der Linie Finnland-Baltikum-Polen-Slowakei-Ungarn-Rumänien-Bulgarien führen.

(2) Westeuropapolitik

Im Westeuropa der Europäischen Union (EU) steht die Vertiefung und Erweiterung, die Demokratisierung und Verwirklichung des Maastrichter Vertrags, d.h. die Aufnahme vier weiterer Mitglieder samt damit verbundener Restrukturierung der politischen Organe der EU an. Die deutsche Europapolitik der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft wurde auch in den neunziger Jahren fortgesetzt und in die Verhandlungen um die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion mit den EG-Regierungen die Forderung nach einer Föderalisierung hin zu einer Europäischen Union eingebracht. Der Maastrichter Vertrag vom Dezember 1991 war in einzelnen Ländern hart umkämpft. Nach dem negativen Volksvotum in Dänemark stand die Volksabstimmung in Frankreich auf der Kippe und die Abstimmung im britischen Unterhaus konnte nur über zeitliche Verzögerung und Kopplung an die nochmalige positive dänische Abstimmung im Mai 1993 gerettet werden. Der positive Ausgang des Irland-Referendums wurde von den Parlamenten in den anderen EG-Staaten Spanien, Portugal, Deutschland, Niederlande, Griechenland, Belgien, Luxemburg und Italien nachvollzogen. Diese Vorgänge zeigen ein Dilemma an, das in der Diskrepanz zwischen Zentralisierung und Demokratisierung liegt (Scharpf:1992, S.14). Die deutschen Regierungen haben sowohl für eine Vertiefung der Integration als auch für eine Erweiterung, die in Zukunft auch osteuropäische Staaten nicht aus-

schließen solle, optiert. Das Zielmodell für Europa wird in einer föderierten europäischen Union gesehen und soll nicht im Intergovernmentalismus oder im Supranationalismus enden, d.h. die bestehende EG bedarf weiterer föderalistischer und demokratischer Strukturen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastrichturteil mit dem Begriff des Staatenverbundes eine Wortschöpfung vorgenommen, die ein Gebilde zwischen Staatenbund und Bundesstaat zum Ausdruck bringen soll. Die Europawahl am 12. Juni 1994 hat den europapolitischen Integrationskurs der Bundesregierung nachhaltig bestätigt, allerdings in verschiedenen Ländern Renationalisierungstendenzen sichtbar gemacht.

In der Sicherheitspolitik wurde mit der deutsch-französischen Brigade und dem "Eurocorps" ein Anfang für eine Europäisierung gemacht und die Stärkung der WEU als europäischer Sicherheitsorganisation vorgesehen. In der Europapolitik hat die Bundesrepublik selbständiges (Anerkennung ehemals jugoslawischer Staaten), selektiv unterstütztes (Eurocorps) und Gemeinschaftsverhalten (EG bzw. EU-Politik) gezeigt.

Die Vertiefungsdebatte läßt eine zweite Option für die deutsche Außenpolitik sichtbar werden, nämlich das "Karolinische Europa" (Ash) mit den Kernlanden Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten und dem Ziel der "Vereinigten Staaten von Europa". Dieses Konzept gäbe der Bundesrepublik die Chance, nicht der Mittellage ausgeliefert zu sein.

Die Erweiterungsdebatte hat jedoch auch ein dritte Option für die deutsche Außenpolitik sichtbar werden lassen, nämlich ein um skandinavische und osteuropäische Staaten erweitertes Westeuropa. Es wird zu zeigen sein, daß diese Option für das vereinigte Deutschland aus Sicherheits- ökonomischen und politischen Interessen die derzeit wichtigste Option darstellt.

(3) Transatlantische Partnerschaft

Mit den USA muß eine Verständigung über die künftige Struktur der gemeinsamen

Sicherheit einschließlich Osteuropas gefunden werden. Der verteidigungspolitische Spielraum bedarf neuer Rahmenbedingungen, um mit Krisen wie denen in Osteuropa (ehemalige Sowjetrepubliken und Jugoslawien) fertig zu werden. Ökonomisch wurde mit den G-7 Gipfeltreffen ein Instrument der Abstimmung zwischen den wichtigsten westlichen Industriestaaten geschaffen und der Trilateralismus Amerika (NAFTA) - Europa (EU) - Ostasien (Japan) wird mit all seinen Interessengegensätzen weiterhin den ökonomischen Aktionsraum bestimmen. Dieser spielt vor allem für den Industrie- und Handelsstaat Bundesrepublik eine wichtige Rolle und dies in stärkerem Maße als für andere EU-Mitglieder, deren ökonomische Verflechtung mit der EU größer sind. Über 80 % des Außenhandels der Bundesrepublik wurden 1990 mit westlichen Industriestaaten abgewickelt; der Anteil der zwölf EU-Staaten betrug etwas über 50%, m.a.W. etwa 30% des Außenhandels wird im westlich kapitalistischen Ausland mit Nicht-EU-Staaten abgewickelt. Die ökonomischen Interessen deuten somit auch über den europäischen Markt hinaus und finden in der Forderung nach Liberalisierung der Weltmärkte ihren Ausdruck. Hierin trafen und treffen sich die US-amerikanischen und die deutschen Interessen.

Die Neuorientierung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses war nicht nur durch die Auflösung des sowjetischen Imperiums notwendig geworden, sondern auch durch Gewichtsverlagerungen zwischen beiden transatlantischen Pfeilern. Die Bush-Administration sah als wichtigste Klammer zwischen der westlichen Welt die NATO an, der gegenüber die WEU oder die KSZE zweitrangig bleiben sollten. Die Europäer drängen auf mehr Gleichberechtigung innerhalb des NATO-Bündnisses, Bush kam dem mit dem Konzept des "burden sharing" entgegen; in bezug auf die Bundesrepublik sprach Reagan schon zuvor von "partner in leadership"; die Clinton-Administration scheint ein mehr an Verantwortung der Europäer als Entlastung willkommen zu heißen. Die "Partnerschaft für den Frieden" als von Clinton inspiriertes Angebot der NATO an den europäischen Osten versucht Rußland und die mitteleuropäischen Staaten gleichermaßen einzubeziehen.

In wichtigen die Außenpolitik betreffenden Fragen ist es eher - von ökonomischen Differenzen abgesehen - zu einer durch "Konkordanz" (Schwarz:1980) und "Harmonie"

(Morgan: 1974) bestimmten Politik gekommen; das Verhalten kann nach unserer Typologie im großen und ganzen als koordiniert unterstützend bezeichnet werden. Der geschilderte Vereinigungsprozeß kann als exemplarischer Beleg dafür dienen. Die Ausrichtung auf die USA würde der Bundesrepublik eine vierte Option geben, nämlich die einer weltpolitische Rolle vor allem im ökonomischen Trilateralismus und würde vor allem von Atlantikern und ökonomischen Mondialisten unterstützt werden. Die Offerte Clintons einer "special relationship" zwischen den USA und Deutschland geht von dem Gedanken eines europäischen Intergouvernementalismus mit Deutschland als der europäischen Führungsmacht aus.

(4) Das deutsche Engagement im Rahmen der UNO

Das Engagement der Deutschen in der UNO ist in den achtziger Jahren größer geworden. Deutsche UNO-Einsätze polizeilicher Art zur Überwachung von Wahlen hat es in Namibia und Kambodscha gegeben, deutsche Schiffe sind als Kontrollboote zur Überwachung des UN-Embargos in der Adria vor der Küste des ehemaligen Jugoslawiens eingesetzt worden, Versorgungsflüge in die Kriegsgebiete in Bosnien-Herzegowina haben im Rahmen von UNO-Einsätzen stattgefunden. Schon während des zweiten Golfkrieges sind deutsche Flugstaffeln zur Stationierung in die Türkei beordert worden. In Somalia ist eher humanitäre Hilfe geleistet worden, wie Lazarett-, Brunnen- und Bewässerungsanlagenbau. Die Maßnahmen waren bisher eher friedenserhaltend als friedensschaffend.

Die innenpolitische Diskussion in Deutschland kreist einmal um die Beteiligung an Blauhelmeinsätzen im Rahmen der UNO. Das Grundgesetz wurde dabei immer wieder als Argument für und gegen ein größeres Engagement ins Feld geführt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom Juli 1994 die Zulässigkeit von Bundeswehreinmärschen im Rahmen der UNO nach vorheriger Zustimmung des Parlaments als mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat macht eine umfassendere Reform dieses Entscheidungsgremiums erforderlich, die den neuen Realitäten in der Zeit nach dem

Ende des Kalten Krieges entspricht und die die neuen regionalen Schwerpunkte in Europa, der Dritten Welt und im Pazifik (Japan) widerspiegeln.

Bisher hat die UN-Politik der Bundesregierung sehr stark Züge koordinierter, wenn nicht gar integrierter gemeinschaftlichen Verhaltens gezeigt. Die Vorgaben des Grundgesetzes wurden von Gegnern eines größeren Engagements, ob zurecht oder zu unrecht, als Argument für ein eher passives Verhalten herangezogen.

Welche der genannten Optionen sind wahrscheinlich bzw. sollten gewählt werden? Die Antwort auf diese Frage soll in zwei Schritten vorgenommen werden, nämlich einmal durch Resumé der im Schrifttum sichtbaren Orientierungen und zum andern durch Begründung der Option für die Osterweiterung.

Die Orientierungsdiskussion zu einer (neuen) deutschen Außenpolitik

Wie werden die genannten internationalen, regionalen und nationalen Veränderungen im deutschen wissenschaftlichen Schrifttum wahrgenommen, wie interpretiert und beurteilt?

Die geschilderten internen- und externen Veränderungen sind in neueren Publikationen aufgegriffen worden und haben z.T. Positionen der unmittelbaren Nachkriegszeit sichtbar werden lassen. Die Diskussion kreist dabei um machtstaatliche Themen wie dem des militärischen Engagements im Rahmen von NATO oder UNO, aber auch um Interdependenzthemen, die bisher nur wenig diskutiert worden sind, wie z.B. um die Westbindung, um die Nationalstaatlichkeit in einem integrierten Europa oder um die Geopolitik. Das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Vereinigung haben das Meinungsspektrum erweitert und lange akzeptierte Optionen diskussionswürdig werden lassen. Ein Buch mit dem Titel "Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland", also die Relativierung der Westintegrationspolitik, wäre noch in den achtziger Jahren nicht erschienen, läßt dies doch eine Tendenz der Abkoppelung vom Westen erkennen. Für die Generation der in die Bundesrepublik Hineingeborenen spricht Wehler deshalb polemisch von den "Meisterdenkern", den "Gurus und Irrlichtern" der "aggressiven

neuen Rechten" (U.Weehler in FAZ v.6.5.1994).

Man kann im Meinungsspektrum zur Orientierung einer deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung grob drei Positionen ausmachen: eine rechte national-konservative, eine linke und eine mittlere liberale Position.

Auf dem *rechten* Spektrum der Meinungsbildung wird wie in Zeitschriften "Junge Freiheit", "Mut", "Criticon" die selbständigere Rolle Deutschlands betont und ein größeres weltpolitisches Engagement gefordert; das Heil für die Lösung anstehender Probleme wird bei einigen Autoren im anachronistisch gewordenen Nationalstaat gesucht; der "Primat der Nation" (Weißmann) wird beschworen, die "Mittellage" betont und vor der "Utopie einer Totalwestintegration" (Zitelmann) gewarnt. Im etablierten wissenschaftlichen Schrifttum sind aber deutlich Vorbehalte vor einem Sonderweg und der Abwendung von den USA und dem Antiamerikanismus zu erkennen; jedoch erfordere das abnehmende Gewicht der USA ein zunehmendes Engagement der Bundesrepublik. Das zugewachsene Machtpotential solle aber weder einem "neuen Größenwahn" (Baring:1988) anheimfallen, noch einer "pastoralen Machtvergessenheit" (Schwarz:1985) seitens eines bundesdeutschen Pazifismus ausgeliefert werden, sondern eigenständiger genutzt werden. Die "chaotischen" Verhältnisse in der Peripherie, die labile, gefährliche und unbefriedigende internationale Machtordnung forderten ein stärkeres nationales Engagement und ein Bewußtsein über die Instrumente einer "verantwortlichen Machtpolitik" (Schwarz: 1985). Dabei dürften auch militärische Instrumente zur Unterbindung regionaler Konflikte kein Tabu sein. Für die Bundesrepublik ginge es nach Schwarz erstens um den Erhalt der Werte liberaler Demokratien, zweitens um die Selbstbehauptung in der Gemeinschaft freier Republiken und drittens um die "Mitverantwortung für die globale Ordnung". Zwei Strömungen gelte es zu widerstehen: einer unverantwortlichen Machtsteigerung unter der Vorgabe der Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen nachzugehen und dem Druck einer friedenshungrigen Öffentlichkeit Machtvergessener nachzugeben. "Verantwortungsethische Machtpolitik" (Hacke:1988) sei gefragt, nicht verantwortungslose Politik der Gewalt

oder gesinnungsethische Politik nach den Grundsätzen der Bergpredigt. Einige Autoren fordern, über den Maastrichter Vertrag hinauszudenken und "Nationalstaatlichkeit" (Mayer) zu akzeptieren.

Auf dem *linken* Meinungsspektrum wird vor allem die Gefahr eines "europäischen Hegemons" Deutschland gesehen und auf Ausbau und Demokratisierung der europäischen Strukturen gedrängt. In der Einschätzung einer unsicheren Umwelt trifft sich die linke Position mit der rechten, nur daß die Gefahr von Turbulenzen von den internationalen Märkten ausgehe (Narr, Deppe, Hufschmid in: C.Thomas et al.:1993). Deshalb gelte es, die Institutionalisierung von wirtschafts- und währungspolitischen Regulierungen zwischen Nordamerika - Ostasien - Westeuropa zu betreiben, um so die strukturellen Instabilitäten der kapitalistischen Entwicklung aufzufangen. Einwände gegen die Handelstaatstheorie der Liberalen werden formuliert: die strukturellen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft führten zu Krisen und Anfälligkeit für Schwankungen, die Veränderungen in den Metropolen und die Deformationen am anderen Ende der Welt blieben außer acht. Aus den Schriften ist ein Plädoyer für die Bewahrung der alten zivilen Bundesrepublik herauszulesen mit dem Zusatz der Überwindung der Zweidrittelgesellschaft im Innern und der Nord-Süd-Differenz im Äußeren. Die neue Bundesrepublik müsse bei ihrer militärischen Enthaltensamkeit bleiben und keine Präsenz auf internationalen Kriegsschauplätzen zeigen. Aus der Friedensbewegung stammen Vorstellungen von einer entmilitarisierten, das NATO-Bündnis aufkündigenden Bundesrepublik (Albrecht:1992); eine "Großmacht klassischen Zuschnitts", eine "europäischen Hegemonialmacht" oder "militärische Machtpolitik" werden verurteilt.

Eine *breite liberale Mitte*, der die Mehrzahl der deutschen Politologen angehören, plädiert ebenfalls für eine Weiterentwicklung der alten bundesrepublikanischen Außenpolitik, betont die gewachsenen Interdependenzen und will dem vereinigten Europa mehr Gewicht in der Weltpolitik geben. Das Handelsstaatstheorem, das Rosecrance in die Debatte geworfen hat, wird aufgegriffen; die Bundesrepublik müsse

ein ziviler Handelsstaat bzw. ein "international kooperierender demokratischer Handelsstaat" (Rittberger:1990) bleiben. Dabei wird übersehen, daß die Bundesrepublik nie nur ein Handelsstaat wie etwa Singapur oder Hongkong war, sondern als Basis eine Industriegesellschaft besitzt. Die Gefahr durch Turbulenzen in der Peripherie wird in liberaler Perspektive durch Dependenzbeziehungen (Kohler-Koch:1989) für bewältigbar gehalten und einzelstaatliche Aktionen sollen abgestimmt mit anderen erfolgen. Die neue Bundesrepublik solle weder machtbesessen noch machtvorgessenen sein und schon gar nicht die "Geburt einer neuen deutschen Supermacht" bedeuten. In der Einschätzung des Gewichtes der neuen Bundesrepublik wird eher auf low profile gespielt, die Integration der Bundesrepublik in die westlichen Integrationsstrukturen verhindere einen nationalen bzw. nationalistischen Alleingang; sie sei keine "économie dominante", vielmehr vermindere die Einbindung in die Europäische Union das Eigengewicht. Die außenpolitischen Interessen lägen nach von Bredow und Jäger (1993) in Kriegsverhütung, offener Welthandelsordnung, der Stabilität der europäischen Integration, der Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure, der Durchsetzung parlamentarisch-demokratischer Strukturen, dem Abbau von Asymmetrien zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, der Befreiung von falschen Projektionen im Deutschlandbild sowie der Politik der Westintegration. Deshalb haben die europäische Integration, die trilaterale Kooperation, die gesamteuropäische Koordination neben dem Ausbau bilateraler Beziehungen Vorrang.

Im Überblick ergeben sich Gemeinsamkeiten und Differenzen. Zunächst erstaunt die Einmütigkeit über die Güte der Außenpolitik der alten Bundesrepublik, deren Grundpositionen übernommen und - unterschiedlich verändert - weiterentwickelt werden sollen. Diese Nostalgie in bezug auf die alte Bundesrepublik verwundert insbesondere auch deshalb, weil deren Entwicklung von krass auseinander driftenden Richtungen begleitet war und begleitet ist; so läßt z.B. der Beschluß des Bundeskongresses von Bündnis 90/Grüne Ende Februar 1994 über den Verzicht auf jegliche Bewaffnung und Abschaffung militärischer Streitkräfte in Deutschland die alte Friedensbewegung wieder aufleben.

Die Gemeinsamkeiten von rechten und linken Positionen wiederum sind so erstaunlich nicht, denn sie sind in der Geschichte nicht selten aufgetreten. Unterschiedlich ist jedoch die Perzeption der Gefahr von Turbulenzen in der Außenwelt auf dem linken und rechten Spektrum, die zu verschiedenen Einschätzungen über die Art und Weise ihrer Beherrschung führt. Während die Rechte stärker in nationalstaatlichen Mustern von Machtpolitik eine Lösung sieht, wollen die Linken und Liberalen die internationalen Strukturen ausgebaut und verändert sehen.

Keine der drei aufgezeigten Positionen wünscht aber - von Teilen der minoritären Grünen und der PDS einmal abgesehen - eine radikale Änderung in den Grundpositionen der alten Bundesrepublik, zumal nicht bezüglich der westlichen Bündnis- und Integrationssysteme. Lediglich Modifizierungen und - dies aber schon gravierender - Relativierungen sind sichtbar.

Plädoyer für eine neuartige Brückenfunktion

Die vier von Timothy Ash vorgeschlagenen Optionen, die Rußland-Option, die karolinische Option, die Option des erweiterten Europa oder die weltpolitische Option, wurden und werden parallel laufend wahrgenommen; der Genscherismus, der ja gerade von dem sowohl-als-auch, und nicht von dem entweder-oder bestimmt ist, wird auch ohne Genscher weiterbetrieben werden, d.h. sowohl die "special relationship" der Atlantiker mit den USA, als auch die der Gaullisten mit Frankreich, sowohl die Vertiefung der Europäischen Union mit dem Zentrum Bonn-Paris als auch ihre Erweiterung um osteuropäische Staaten, sowohl vertiefte Beziehungen mit osteuropäischen Staaten als auch mit Rußland.

Dennoch gibt es nach Interessen und Handlungsbedarf bestimmbare Prioritäten und hierbei steht für die neunziger Jahre Osteuropa im Vordergrund.

Die Positionsbestimmung der neuen Bundesrepublik als einem Industrie- und Handelsstaat im Zentrum des europäischen Kontinents kann als Brückenfunktion gesehen werden mit der festen Verankerung im westlichen Bündnis, als treibende Kraft der Vertiefung und Erweiterung einerseits und der Öffnung nach Osten zur wirt-

schaftlichen und politischen Erneuerung der ehemals sozialistischen Staaten andererseits. Diese Brückenfunktion ist alles andere als eine nationalistische Variante des Brückenkonzepts, des Neutralismus oder eines unabhängigen Mittlers; vielmehr gilt es aus eigenem wirtschaftlichen und Sicherheitsinteresse, das über das Militärische weit hinaus geht und den Wohlstandsgraben zwischen Ost und West überbrückt und die ideologische Spaltung aus der Zeit des Kalten Krieges überwindet. Die historische Aufgabe könnte es sein, die Tugenden der alten Bundesrepublik in den Osten zu tragen. Diese, in ersten Schritten bereits eingeschlagene Rolle bedeutet ein Weiterverfolgen der beiden Basisentscheidungen der Bundesrepublik in ihrer Geschichte, nämlich die der Westintegration in den fünfziger und die der Öffnung nach Osteuropa in den siebziger Jahren unter den neuen Voraussetzungen der Vereinigung zu Beginn der neunziger Jahre. Damit bleibt der Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik gewahrt, d.h. die Verknüpfung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft mit der Westorientierung. Die Brücke hat -um im Bild zu bleiben - auf der einen Seite einen festen Pfeiler und auf der anderen eine losere Verankerung.

Während die Westpolitik im Verbund vor allem mit den anderen EU-Staaten angelegt ist, läßt die Ostpolitik eher eine selbständigere bzw. koordinierte Politik zu. Das unabhängigere Agieren nach Osteuropa und in der Entwicklungsländerwelt bedeutet kein Abdriften aus dem westlichen Verbund; auch Großbritannien und Frankreich zeigen neben ihrem Engagement in Europa ein Profil als selbständiger nationaler Akteur. Beides, Integrations- und einzelstaatliche Politik schließen sich nicht aus wie die historische Erfahrung schon zu Beginn des europäischen Einigungsprozesses belegt (Vgl. Pfetsch:1994, S.120-137).

In der Politikanlage sollte die verhandelte bi- und multilateral abgestimmte Außenpolitik fortgesetzt werden. Der Streit über die einzusetzenden Mittel ist müßig, wenn man diese auf unterschiedliche politische Lagen bezieht. Die westliche Integrationspolitik erfordert Instrumente der klassischen bi- und multilateralen Verhandlungsstrategie und wird damit dem Interdependenzansatz gerecht; zur Bewältigung von Konflikten - zumal kriegerischen Auseinandersetzungen - sind u.U. auch militärische Mittel erforderlich,

die dem Arsenal des realistischen Ansatzes zugehören. Beide Politikansätze schließen sich nicht gegenseitig aus, komplementieren sich vielmehr in bezug auf die Bewältigung unterschiedlicher Aufgaben.

Das Ziel der deutschen Außenpolitik war es - wie im Brief zur deutschen Einheit 1970 festgehalten -, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Für die kommenden Jahre müßte das Ziel der deutschen Außenpolitik heißen "auf einen Zustand der Freiheit in Europa hinzuwirken, in dem Deutschland westliche Alliierte und östliche Partner hat".

Literatur

- Albrecht, Ulrich: Die Abwicklung der DDR: die "2+4 Verhandlungen"; ein Insider-Bericht. (WdV) Opladen 1992
- Ash, Timothy Garton: Germany's Choice. In: Foreign Affairs, Vol. 73 No.4. July/ August 1994, S.65-81
- Baring, Arnulf: Unser neuer Größenwahn: Deutschland zwischen Ost und West,(DVA) Stuttgart 1988
- Bauman, Zygmunt: A Revolution in the Theory of Revolutions? In: IPSR, Vol.15, No.1, 1994
- Bredow, Wilfried von/ Jäger, Thomas: Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in internationalen Beziehungen (Leske & Budrich), Opladen 1993
- Carlsnaes, Walter: The Agent-Structure Problem in Foreign Policy Analysis. In: International Studies Quarterly, 36(3) 1992, S.245-270
- Carlsnaes, Walter and Smith, Steve: European Foreign Policy. The EC and Changing Perspectives in Europe. (Sage) London 1994
- Deutsch, Karl W.: The Nerves of Government. (Free Press) N.Y. 1963(3)
- Gaddis, John Lewis: The Long Peace. (Oxford UP) N.Y. 1987
- Galtung, Johan: Theory and Methods of Social Research. Oslo 1969(2)
- Giddens, Anthony: The Constitution of Society. (Polity Press) Cambridge 1984
- Griewank, Karl: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Frankfurt 1973(2)
- Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. (Klett-Cotta) Stuttgart 1988
- Hermann, C.F., Kegley, C.W., Rosenau, J.N.(Hrsg.): New Directions in the Study of Foreign Policy. (Allen and Unwin) Boston 1987
- Kaiser, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1991
- Kennedy, Paul: The Rise and Fall of Great Empires. (Random House) N.Y.1987
- Knudsen, Olaf F.: Context and Action in the Collapse of the Cold War European System. In: W.Carlsnaes and S.Smith: European Foreign Policy. 1994, S. 202 ff.
- Kohler-Koch, Beate: Regime in den Internationalen Beziehungen. (Nomos) Baden-Baden 1989
- Liebert, Ulrike und Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Die Politik zur deutschen Einheit. Probleme - Strategien - Kontroversen. (Leske) Opladen 1991
- Mearsheimer, John: Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War. In: International

Security 15(1) 1990, S.5-56

Morgan, Roger: The US and West Germany 1945-1979. London 1974. Dt.: Washington und Bonn. Deutsch-amerikanische Beziehungen. (Piper) München 1974

Morgenthau, Hans J.: Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace (1948). N.Y. 1960

Morgenthau, Hans J.: Another Great Debate: The National Interest of the United States. In: APSR 46, 1952, S. 961-988

Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1980. (UTB Fink) München 1981(1)

Pfetsch, Frank R.: Einführung in die Außenpolitik der Bundesrepublik. (WdV) Opladen 1981

Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung. (UTB Fink) München 1993(2).

Pfetsch, Frank R.: Tensions in Sovereignty: Foreign Policies of the EC Members Compared. In: Carlsnaes, Walter/ Smith, Steve: 1994, S.120 ff.

Pfetsch, Frank R.: Internationale Politik. (Kohlhammer) Stuttgart 1994

Rittberger, Volker: Die Bundesrepublik Deutschland - eine Weltmacht? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4-5/19. Januar 1990

Rosecrance, Richard: Der neue Handelsstaat. Frankfurt 1987

Ruggie, John G.: Continuity and Transformation in the World Polity: Towards a Neorealist Synthesis. In: R.O.Keohane (Hrsg.): Neorealism and Its Critics. N.Y. 1986

Scharpf, Fritz W.: Europäisches Demokratiedefizit und deutscher Föderalismus. Beitrag an die Gemeinsame Verfassungskommission Berlin 1992

Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. (Klett-Cotta) Stuttgart 1980(2)

Schwarz, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. (DVA) Stuttgart 1985.

Smith, Brewster M.: A Map for the Analysis of Personality. In: Journal of Social Issues, Vol. XXIV, No.3, 1968

Stein, A.: Why Nations Cooperate. (Cornell UP) Ithaca 1990

Sullivan, M.P.: Power in Contemporary International Politics. (South Carolina UP) Columbia 1990

Thomas, Caroline/ Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.): Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. (Papyrossa) Köln 1993

Vasques, John A.: The Power of Power Politics. (Pinter) London 1983

Waltz, Kenneth N.: Theory of International Politics. (Addison-Wesley) Reading 1979

Wehler, Hans-Ulrich: Gurus und Irrlichter. In: FAZ, Nr.105, 6.Mai 1994

Wendt, A.: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. In: International Organization, 41(3) 1987, S.335-370

Zitelmann, R./ Weißmann, K. / Groheim, M. (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. (Propyläen) Frankfurt/Berlin 1993

Working Papers in Political and Social Sciences

SPS No. 90/1

Reiner GRUNDMANN/Christos
MANTZIARIS
Habermas, Rawls, and the
Paradox of Impartiality

SPS No. 90/2

Hans-Peter BLOSSFELD/Ursula
JAENICHEN
Educational Expansion and
Changes in Women's Entry into
Marriage and Motherhood in the
Federal Republic of Germany

SPS No. 90/3

Nico WILTERDINK
Where Nations Meet: National
Identities in an International
Organisation *

SPS No. 90/4

Hans-Peter BLOSSFELD
Changes in Educational
Opportunities in the Federal
Republic of Germany. A
Longitudinal Study of Cohorts
Born Between 1916 and 1965

SPS No. 90/5

Antonio LA SPINA
Some Reflections on Cabinets and
Policy-Making: Types of Policy,
Features of Cabinets, and Their
Consequences for Policy Outputs

SPS No. 90/6

Giandomenico MAJONE
Cross-National Sources of
Regulatory Policy-Making
in Europe and the United States

* * *

SPS No. 91/7

Hans-Peter BLOSSFELD
Is the German Dual System a
Model for a Modern Vocational
Training System?

SPS No. 91/8

Hans-Peter BLOSSFELD/
Gianna GIANNELLI/
Karl Ulrich MAYER
Expansion on the Tertiary Sector
and Social Inequality.
Is there a New Service Proletariat
Emerging in the Federal Republic
of Germany?

SPS No. 91/9

Giandomenico MAJONE
Public Policy Beyond the
Headlines

SPS No. 91/10

Giandomenico MAJONE
Market Integration and
Regulation: Europe after 1992 *

SPS No. 91/11

Jean BLONDEL
Ministers of Finance in Western
Europe: A Special Career?

SPS No. 91/12

Jean BLONDEL
Governments and Supporting
Parties: Definitions and
Classifications

* out of print

SPS No. 91/13

Jean BLONDEL
A Model for the Analysis of
Government-Party Relationships

SPS No. 91/14

Jean BLONDEL
The Political Factors Accounting
for the Relationship Between
Governments and the Parties
Which Support Them

* * *

SPS No. 92/15

Jerry A. JACOBS
Consumer, Social and Business
Services Industries in the United
States: Trends Between 1969 and
1987

SPS No. 92/16

Hans-Peter BLOSSFELD/
Yossi SHAVIT
Persisting Barriers: Changes in
Educational Opportunities in
Thirteen Countries

SPS No. 92/17

Hans-Peter BLOSSFELD/
Jan HOEM/Alessandra
DE ROSE/Götz ROHWER
Education, Modernization and
Divorce. Differences in the Effect
of Women's Educational
Attainment in Sweden, the Federal
Republic of Germany
and Italy

SPS No. 92/18

Zina ASSIMAKOPOULOU/
Gøsta ESPING-ANDERSEN/
Kees VAN KERSBERGEN

Post-Industrial Class Structures:
Classifications of Occupations and
Industries (United States,
Germany, Sweden and Canada)

SPS No. 92/19

Götz ROHWER
RZoo: Efficient Storage and
Retrieval of Social Science Data

SPS No. 92/20

Stefano GUZZINI
The Continuing Story of a Death
Foretold. Realism in International
Relations/International Political
Economy *

SPS No. 92/21

Giandomenico MAJONE
Ideas, Interests and Policy Change

SPS No. 92/22

Arpád SZAKOLCZAI
On the Exercise of Power in
Modern Societies, East and West

SPS No. 92/23

Stefan ROSSBACH
The Autopoiesis of the Cold War:
An Evolutionary Approach to
International Relations?

SPS No. 92/24

Steven LUKES
On Trade-Offs Between Values

SPS No. 92/25

Stephan RUSS-MOHL
Regulating Self-Regulation: The
Neglected Case of Journalism
Policies. Securing Quality in
Journalism and Building Media
Infrastructures on a European
Scale

* out of print

SPS No. 92/26

Véronique MUNOZ DARDÉ
The Idea of Feminism from a
Kantian Perspective. An Exercise
in Practical Reasoning

SPS No. 92/27

Giandomenico MAJONE
The European Community
between Social Policy and Social
Regulation

SPS No. 92/28

Volker EICHENER
Social Dumping or Innovative
Regulation?
Processes and Outcomes of European
Decision-Making in the Sector of
Health and Safety at Work
Harmonization

* * *

SPS No. 93/1

Giandomenico MAJONE
Mutual Recognition in
Federal Type Systems *

SPS No. 93/2

Giandomenico MAJONE
Deregulation or Re-Regulation?
Policymaking in the European
Community Since the Single Act

SPS No. 93/3

Giandomenico MAJONE
Controlling Regulatory
Bureaucracies: Lessons from the
American Experience

SPS No. 93/4

Arpád SZAKOLCZAI
From Governmentality to the
Genealogy of Subjectivity:
On Foucault's Path in the 1980's

SPS No. 93/5

Arpád SZAKOLCZAI
Types of Mayors, Types of
Subjectivity: Continuities and
Discontinuities in the East-Central
European Transitions I

SPS No. 93/6

Louis CHARPENTIER
Le dilemme de l'action positive
Analyse du concept à travers les débats
parlementaires relatifs à la loi sur l'éga-
lité professionnelle entre les femmes et
les hommes

SPS No. 93/7

Arpád SZAKOLCZAI
Nietzsche's Genealogical Method:
Presentation and Application

SPS No. 93/8

Arpád SZAKOLCZAI
Re-Building the Polity: A Com-
parative Study of Mayors in the
Hungarian, Czech and Slovakian
Republics

SPS No. 93/9

Giandomenico MAJONE
The European Community:
An "Independent Fourth Branch of
Government"?

SPS No. 93/10

Stefan ROSSBACH
The Author's Care of Himself
On Friedrich Nietzsche, Michel
Foucault, and Niklas Luhmann

SPS No. 93/11

Anna TRIANDAFYLLIDOU
From Qualitative to Quantitative
Analysis in Political Discourse:
A Computer-Assisted Application

* out of print

SPS No. 93/12

Giandomenico MAJONE
When Does Policy Deliberation
Matter?

* * *

SPS No. 94/1

Richard ARUM/Yossi SHAVIT
Another Look at Tracking,
Vocational Education and Social
Reproduction

SPS No. 94/2

Árpád SZAKOLCZAI
Thinking Beyond the East-West
Divide: Patocka, Foucault,
Hamvas, Elias, and the Care of the
Self

SPS No. 94/3

Giandomenico MAJONE
Independence vs. Accountability?
Non-Majoritarian Institutions and
Democratic Government in
Europe

SPS No. 94/4

Martin J. BULL
The European Community and
'Regime Parties': A Case Study of
Italian Christian Democracy

SPS No. 94/5

László FÜSTÖS/Árpád
SZAKOLCZAI
Value Changes in Hungary, 1978-
1993: Continuity and
Discontinuity in the East-Central
European Transitions II

SPS No. 94/6

Anna LEANDER
Bertrand Badie: Cultural Diversity
Changing International Relations?

SPS No. 94/7

Stefano GUZZINI
Robert Gilpin. The Realist Quest
for the Dynamics of Power

SPS No. 94/8

Roumen DASKALOV
Images of Europe: A Glance from
the Periphery

SPS No. 94/9

Anna LEANDER
"Robin Hood" Politics? Turkey
Probing a New Model in the 1990s

SPS No. 94/10

Alan CAFRUNY
Class, State, and Global Structure:
The Transformation of
International Maritime Relations

SPS No. 94/11

Roumen DASKALOV
Building up a National Identity:
The Case of Bulgaria

SPS No. 94/12

Stefano GUZZINI
The Implosion of Clientelistic
Italy in the 1990s: A Study of
"Peaceful Change" in
Comparative Political Economy

SPS No. 94/13

Johan Jeroen DE DEKEN
Social Policy in Postwar
Czechoslovakia. The Development
of Old-Age Pensions and Housing
Policies During the Period 1945-
1989

SPS No. 94/14
Paolo DONATI
Media Strength and Infrastructural
Weakness: Recent Trends in the
Italian Environmentalist
Movement

SPS No. 94/15
Frank R. PFETSCH
Die Außenpolitik der
Bundesrepublik Deutschland.
Kontinuität oder Wandel nach der
Vereinigung?



© The Author(s). European University Institute.

Digitised version produced by the EUI Library in 2020. Available Open Access on Cadmus, European University Institute Research Repository.